

Re:member the future

Die Imagination eines Gedenkortes in Chemnitz¹

Arlo Jung

Enver Şimşek | Abdurrahim Özüdoğru | Süleyman Taşköprü | Habil Kılıç | Mehmet Turgut | İsmail Yaşar | Theodoros Boulgarides | Mehmet Kubaşık | Halit Yozgat | Michèle Kiesewetter. Zehn Namen. Sie stehen an Hauswänden und Brückenpfeilern. Die Graffitis erinnern an die Personen und ihre Namen. Die Initiative *write their names* trägt sie in den Chemnitzer Stadtraum.

Ein Strauß mit Rosen | Eine Nähmaschine | Ein roter Stern des Walk of Fame | Eine Schwimmbrille | Ein halb gepackter Rucksack | Ein Schlüssel mit Autobahn und Türkeianhänger | Eine Lyra | Ein roter BMW | Ein Laptop | Eine Polizeimütze. 10 Gegenstände. Das Wandbild »In unsrer Mitte« erstrahlt an einem Haus der Wohnungsgenossenschaft »EINHEIT« eG. Die *Freiraumgalerie-Kollektiv für Raumentwicklung* erzählt mit den Bildern einen Ausschnitt der biographischen Geschichten der 10 Personen, die vom NSU ermordet wurden.

1 Im Folgenden handelt sich um eine gekürzte Version der Broschüre »re:member the future – Konzeptualisierung eines Gedenk- und Erinnerungsortes an die Betroffenen des NSU-Komplexes in Chemnitz«, welche in Co-Autor*innenschaft von Arlo Jung und Hannah Zimmermann entstanden und vom Verein ASA-FF e.V. 2023 herausgegeben wurde. Der ASA-FF e.V. engagiert sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus und ist vor allem auch im Kontext der Aufarbeitung des NSU-Komplexes zentral. Gemeinsam mit dem RAA Sachsen e.V. und der Initiative Offene Gesellschaft ist der ASA-FF e.V. Träger des *Interims-Dokumentationszentrums*, das in Chemnitz an den NSU erinnern und durch Bildung und Erinnerung eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und rechter Gewalt fördern will. Der vollständige Text der Broschüre ist abrufbar unter: <https://offener-prozess.de/wp-content/uploads/2023/09/Konzept-remember-the-future.pdf>.

Ein Plattenbaugebiet am Chemnitzer Stadtrand. Eine Gruppe von Menschen bewegt sich durch den Stadtteil. Der kritische Stadtteilspaziergang des Projektes *Offener Prozess* widmet sich der architektonischen, sozialen und politischen Geschichte des ehemaligen Fritz-Heckert-Gebiets. Ein thematischer Schwerpunkt liegt auf dem Stadtteil als Wohnort, Vernetzungsraum und Tatort des NSU. Es werden die konkreten Orte, an denen das NSU-Netzwerk lebte und Verbrechen beging, aufgesucht.

Es sind zivilgesellschaftliche erinnerungspolitische Interventionen, welche den Betroffenen² des NSU-Komplexes gedenken. Gleichzeitig verweisen sie auf eine Leerstelle – einen fehlenden offiziellen Gedenk- und Erinnerungsort für und an die Betroffenen des NSU-Komplexes in Chemnitz.

Chemnitz spielt als Ort für die Planung und Durchführung der Morde und Anschläge, als Ort der Radikalisierung und Netzwerkbildung rechtsextremer (Unterstützungs-)Gruppen und als Ort, an dem acht Raubüberfälle durchgeführt wurden, die dem NSU finanzielle Unterstützung verschafften, eine zentrale Rolle im NSU-Komplex. Dennoch existiert kein physisches Mahnmal, kein Gedenkstein, keine umbenannte Straße – kein feststehender zentraler Ort, der an die Betroffenen erinnert und die Bezüge zum NSU-Komplex in Chemnitz thematisiert. Einen Erinnerungsort in Chemnitz zu erschaffen, könnte als symbolischer oder performativer Akt der Verantwortungsübernahme betrachtet werden. Auch aufgrund der Kontinuitäten rechter Strukturen und rassistischer Gewalttaten bedarf es einer sichtbaren Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex, welche die Ereignisse als Teil der Stadtgeschichte annimmt. Es braucht dauerhafte Orte, die dem Vergessen Vorschub leisten, Orte des Gedenkens, Orte der Sichtbarkeit und *Betrauerbarkeit* für und

2 Betroffenheiten im Kontext des NSU-Komplexes sind vielschichtig und umfassen unterschiedliche, teilweise andauernde und erweiterte Gewalterfahrungen. Die Selbstbezeichnungen der betroffenen Personen variieren. Beispielsweise können sich manche Personen mit dem Begriff Opfer identifizieren, andere fühlen sich damit nicht repräsentiert oder lehnen den Begriff als Selbstbezeichnung ab, weil sie ihn als entmündigend oder stigmatisierend empfinden. Im folgenden Text wird der Begriff »Betroffene« verwendet, weil er als neutralste Beschreibung erscheint und die diskursive Freiheit eröffnet, darin auch als Ergänzung zu andern (kollektiven) Selbstbezeichnungen zu funktionieren. Gleichzeitig hat der Begriff das Potential die normierende Annahme der Eindimensionalität von Gewalt herauszufordern. Gemeint sind Opfer, Angehörige, Überlebende, Verletzte und all jene, deren Selbstbezeichnungen in Ermangelung der sprachlichen Differenzierung noch nicht existieren.

in Erinnerung an die Betroffenen der Gewalt. Orte, welche die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit rechtem Terror durch eine künstlerische erinnerungspolitische Intervention verstetigen.

Im Rahmen des Projektes *re:member the future* des Chemnitzer Vereins ASA-FF e.V. wurde ein Gedenk- und Erinnerungsort konzipiert und eingefordert. Ein Ort in Gedenken an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Ein Ort in Solidarität mit allen Betroffenen des NSU-Komplexes, den Opfern und Überlebenden der Bombenanschläge, Mehmet O. in Nürnberg, der Familie in der Probsteigasse in Köln und den Betroffenen in der Keupstraße in Köln, dem Überlebenden Martin A., den Angehörigen und Freund*innen, den Betroffenen und Überlebenden der Raubüberfälle in Chemnitz, Zwickau, Stralsund, Arnstadt und Eisenach. Ein Ort als Verweis auf eine veränderbare, solidarische Zukunft. Ein Ort, »der an die Überlebenden, die Opfer, die Verletzten erinnert. Der die Aussagen dieser Menschen darstellt, was sie erlebt haben, was sie erlitten haben [und] für das Gedenken ein gemeinsames Kunstwerk erschaff[t]!«, so der Betroffene Abdulla Özkan in einem für dieses Projekt geführten Interview (Interview mit A. Özkan, 2022 geführt).

Wie kann ein solcher Ort imaginiert werden? Und wie kann das Gedenken lebendig, als Raum des (Ver-)Lernens und Zuhörens gestaltet werden, anstatt als leblose Hülle im städtischen Raum ausschließlich zu existieren?

Der folgende Text legt dar, welche inhaltlichen Dimensionen der Gedenkort in Chemnitz aufgreifen, adressieren, repräsentieren und initiieren soll und beschreibt die verschiedenen Aspekte der Umsetzungsmöglichkeiten und Gestaltungsräume, um ebenjenes »gemeinsames Kunstwerk zu erschaffen« (ebd.). Dafür wurden Expert*inneninterviews zu einem Gedenkort in Chemnitz mit den Betroffenen Mandy Boulgarides, Gamze Kubaşık, Mitat Özdemir, Abdulla Özkan, Semiya Şimşek, Ayşen Taşköprü sowie Gavriil Voulgaridis geführt. An dieser Stelle ist zu benennen, dass sich nicht alle Betroffenen der Gewalttaten des NSU zu dem Erinnerungsort in Chemnitz äußern wollten oder erreicht werden konnten. Einige Perspektiven und Stimmen sind daher nicht repräsentiert. Die Gründe dafür sind vielfältig und der Umgang der Betroffenen mit dem Erlebten verschieden. Für einige von ihnen ist das öffentliche Sprechen und sich positionieren (momentan) keine Strategie oder Option. Das (zeitweise) Nicht-Sprechen kann eine Reaktion auf strukturelle Machtmechanismen und die Erfahrung mangelnder Konsequenzen sein und ist damit als politische Praxis zu verstehen. Diejenigen Perspektiven, die zu

einem möglichen Erinnerungsort in Chemnitz eingeholt wurden, zeigen, dass es teilweise unterschiedliche Erwartungen und Schwerpunktsetzungen gibt. Der folgende Text unternimmt den Versuch, die Vielschichtigkeit der Anforderungen abzubilden.

1. Erinnern & Gedenken als politische Praxis

An wen in welcher Form erinnert wird, wer Erinnerung gestaltet und wer darin adressiert wird, ist sowohl historisch als auch gegenwärtig eng verknüpft mit bestehenden Macht- und Herrschaftsmechanismen (Jelin 2002, Siebeck 2017). Die Art und Weise, in der Geschichten erzählt werden, welche Geschichten und Perspektiven im jeweils dominierenden Narrativ auftauchen und welche Erzählungen unsichtbar bleiben, steht im direkten Zusammenhang mit gesellschaftlichen Positionen und Normierungen und der Frage, wer als Teil eines *Wir*, eines gesellschaftlichen Kollektivs begriffen, wer davon ausgeschlossen bleibt und wer vergessen (gemacht) wird (Butler 2017: 37). Dabei hat sich immer wieder gezeigt, dass Erinnerungskulturen vornehmlich durch hegemoniale Diskurse und Praxen konstruiert werden und damit definieren, wer und wessen Erfahrungen in einer Gesellschaft als *(an-)erkennbar* und *betrauerbar* begriffen werden (Butler 2017, Thomas und Virchow 2019: 157). Aus der Erfahrung des Gewaltpotentials, welches dem normierenden Rahmen hegemonialer Erinnerungsdiskurse und -praxen zugrunde liegt, entstanden und entstehen Ermächtigungsräume und Räume der Wiederaneignung von Erinnerung(-spraxen). Hierbei wird »die offizielle Erinnerungskultur von einer sehr aktiven migrantischen, antirassistischen und antifaschistischen Minderheit herausgefordert« (Initiative Herkesin Meydanı – Platz Für Alle 2022). Das »selektive Zuhören« sowie die »strategische Taubheit« (Dhawan 2012: 52) einer *Dominanzgesellschaft* wird konfrontiert und das Gehört-werden wie auch die Anerkennung *migrantisch-situierter Wissensbestände* in rassistischen Gesellschaftsstrukturen (Güleç/Schaffer 2017: 58) eingefordert.

Die Erzählungen der Angehörigen und Betroffenen sollen nicht als Ergänzung zu den hegemonialen Gedenkformen gedacht und damit weiterhin auf einen marginalen und vulnerablen Nebenschauplatz verwiesen werden (Arslan 2020: 94), sondern ins Zentrum des Gedenkens rücken und damit Sichtbarkeit, selbstbestimmte Repräsentation und Teilhabe eröffnen. Materialisierte Erinnerungsorte fungieren als Community-Orte der Versammlung, des gemeinsamen Austausches und Lernens sowie der Intervention in bestehende

Verhältnisse. Dem Gedenken wohnt ein Veränderungswunsch der gegebenen Verhältnisse inne. Als performativer Akt werden die Grenzen des (*Be-)**Trauerns* und Gedenkens selbst überwunden und die Erinnerung an das Vergangene mit der Forderung an eine veränderte Zukunft verbunden. Mitat Özdemir spricht im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal der Keupstraße davon, es sei eben »kein Denkmal, das in die Vergangenheit führt, sondern Gründe liefert, gemeinsam an der Zukunft zu arbeiten.« (Interview mit M. Özdemir, 2022 geführt). Vor diesem Hintergrund beleuchten subversive Erinnerungsformate und Gedenkpraktiken die bestehenden Zustände und adressieren die unterschiedlichen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und strukturellen Diskriminierungsformen.

2. Der NSU-Komplex in Chemnitz

Das Gedenken in den Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen zu setzen, ist auch im Hinblick auf den historischen Kontext von Chemnitz relevant. Chemnitz war in den 1990er Jahren ein zentraler Ort für die sächsische Neonaziszen. Das bundesweite *Blood & Honour* Netzwerk war lokal fest verankert (Röpke/Speit 2013: 135f.) und die Skinheadgruppe *Chemnitz Concerts 88* (CC88) professionalisierte sich zu dieser Zeit (DGB Region Südwestsachsen 2014: 43). Beide Strukturen boten durch Spendensammelaktionen und die ideologische Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts das Ermöglichungsumfeld für die Taten des NSU (Kulturbüro Sachsen 2017: 12). Die rechte Hegemonie in den 1990er Jahren in einigen Chemnitzer Stadtvierteln, wie dem ehemaligen Fritz-Heckert-Gebiet, entstand in dem Zusammenwirken von strukturellem Rassismus und den sozialraumbedingten Veränderungen durch Abwanderung. Die räumliche Vereinnahmung zeigt sich auch anhand der Existenz ansässiger rechter Plattenlabels, Szeneläden und -treffpunkte (Intelmann 2016: 27) sowie einer hohen Dichte an Rechtsrockkonzerten, Hooliganismus und ideologisch motivierter Gewalt (NSU-Watch 2020: 68). Die Kontinuitäten rechtsextremer, rassistischer und menschenverachtender Gewalt³ wurden unter anderem bei den Ausschreitungen im Sommer 2018, der Enttarnung der rechtsterroristischen Vereinigung *Revolution Chemnitz* sowie der unauf-

3 Einen guten Überblick zu aktuellen rechtsextremen Strukturen in Chemnitz bieten Grunert/Kiess (2021).

geklärten Anschlagsserie auf migrantische Restaurants in Chemnitz deutlich sichtbar.

Der Jugendclub *Piccolo* im Fritz-Heckert-Gebiet war ein wichtiger Treffpunkt der rechtsextremen Szene. Viele der direkten und indirekten Unterstützer*innen des NSU zählten zu den Besucher*innen des Clubs (Kleffner 2015). Dessen ehemaliger Leiter führte aus, dass der Club speziell zwischen 1991 und 1998 ein Treffpunkt der rechtsextremen Szene gewesen sei. Darunter verkehrten Gruppen wie *HooNaRa* (*Hooligans, Nazis, Rassisten*) und *Chemnitzer Concerts 88* (NSU-Watch 2020). Das Beispiel des Jugendclubs *Piccolo* zeigt deutlich, dass die rechte Raumnahme auch auf ein Versagen staatlicher Institutionen zurückzuführen ist. Der Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit, welcher in den 1990er Jahren in Ostdeutschland im Rahmen des *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* als Reaktion auf rechte, rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Ansichten eingeführt wurde, hat deren Vernetzung und ideologische Festigung weiter unterstützt (Kleffner 2015). Gleichzeitig lässt sich an diesem Beispiel auch auf die Rolle der Zivilgesellschaft verweisen. Das Desinteresse, die Ignoranz oder Akzeptanz der rechten Vereinnahmung durch diejenigen Teile der Gesellschaft, die von den Ideologien und der Gewalt der rechtsextremen Strukturen nicht betroffen waren, gehören zu den Möglichkeitsbedingungen rechter Raumhegemonie in Chemnitz. Diese eröffnete den Mitgliedern des NSU einen leichten Zugang zu Wohnraum und ideologischen wie personellen Ressourcen. In Chemnitz haben sie Zuflucht gefunden, mieteten Tatfahrzeuge an und organisierten sich Waffen.

Die vier Wohnungen, welche die Mitglieder des NSU während ihres zweieinhalbjährigen Aufenthaltes in Chemnitz bewohnten, wurden von unterschiedlichen Unterstützenden gemietet, die sie teilweise bis zur Selbstenttarnung und darüber hinaus begleiteten und aktiv durch etwa das zur Verfügung stellen ihrer Identität unterstützten (Kulturbüro Sachsen 2017: 12). Neben den Wohn- und Vernetzungsorten in der Friedrich-Viertel-Straße 85, der Limbacher Straße 96, der Altchemnitzer Straße 12 und Wolgograder Allee 76 sind zudem acht Raubüberfallsorte mit NSU-Bezug in Chemnitz explizit zu nennen. Mit der Beute in Höhe von insgesamt 613.000 € aus den bundesweit 15 Raubüberfällen wurden die Bomben- und Anschlagsserie sowie das Leben im Untergrund finanziert (Deutscher Bundestag 2013: 713). Die Stadt Chemnitz fungierte damit als Ort der Vernetzung sowie als *Operations- und Planungsbasis* der deutschlandweiten Mord-, Raub- und Sprengstoffserie des NSU-Netzwerkes (Aust/Laabs 2014).

3. Inhaltliche Dimensionen eines Gedenkortes in Chemnitz

Die Überlegungen zu einem Gedenkort in Chemnitz werden vor dem Hintergrund, in Kontinuität und solidarischer Bezugnahme auf Kämpfe um Erinnern und Gedenken Betroffener und Angehöriger rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt formuliert und verarbeiten die in den Expert*innen-interviews artikulierten Erfahrungen, Wünsche und Analysen hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen an den Erinnerungsort in Chemnitz. Dabei werden drei Ebenen kategorisiert:

3.1 Gedenken, Trauern & Empathie

Die Betroffenen und Überlebenden der rechten und rassistischen Gewalttaten des NSU kämpften zunächst um die Anerkennung der Gewalt als rechte und rassistische Taten und gegen die Schuldumkehr durch Ermittlungsbehörden und Gesellschaft. Jahrelang mussten sie dafür einstehen, nicht als Täter*innen geahndet zu werden: »Doch in Ruhe Abschied nehmen und trauern, das konnten wir nicht. [...] Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein,« beschreibt Semiya Şimşek in ihrer Rede bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am 23. Februar 2012 (Şimşek 2012: 1f.). Erst mit der Selbstenttarierung des NSU im Jahr 2011 und der stufenhaften Sichtbarwerdung des Umfangs der Taten wurden die Überlebenden und Angehörigen als Opfer anerkannt. Für die Betroffenen folgte ab dem Zeitpunkt der Kampf um eine *lückenlose Aufklärung* und dies trotz der Reduktion auf den Opferstatus und die damit einhergehende Entmündigung, Entmenschlichung und Entindividualisierung. Ein selbstbestimmter Umgang mit der erfahrenen Gewalt und eine selbst gewählte Repräsentation sind nach wie vor umkämpft und prekär, wie Mandy Boulgarides betont: »Du darfst für die Medien und für die Gesellschaft deine Opferrolle nicht verlassen. Du bist immer die trauernde Tochter, du bist immer die Frau, die eigentlich mit nichts dastand.« (Interview mit M. Boulgarides, 2023 geführt). Deshalb setzen sich die Überlebenden, Betroffenen, Angehörigen und solidarischen Begleiter*innen weiterhin dafür ein, dass ihre Geschichten eigenständig erzählt und gehört werden.

Der Erinnerungsort in Chemnitz bedarf daher einen Fokus auf die Lebensgeschichten der Betroffenen (Interview mit M. Özdemir, 2022 geführt). Dabei sollte sichtbar gemacht werden, dass es sich bei den Betroffenen der Gewalttaten des NSU nicht um eine homogene Gruppe handelt, sondern um Individuen, die unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, unterschied-

liche Erzählweisen haben und verschiedene Schlüsse aus diesen Erfahrungen ziehen. Der Ort sollte sich entgegen der Reproduktion vereinheitlichender und stigmatisierender Opfernarrative dieser Komplexität annehmen und die heterogenen Erzählstränge aufgreifen. Dann entsteht ein ehrlicher Raum für Sichtbarkeit und Zuhörer*innenschaft, welcher die unterschiedlichen Personen, Geschichten und Betroffenheiten anerkennbar und damit *betrauerbar* macht. Denize Utlu beschreibt 2016 Trauer als »politische Ressource.« Entgegen der entmenschlichenden Wirkung rassistischer Narrative eröffnet »dieses radikal menschliche Gedenken eine mächtige (und entmachtende) politische Dimension, weil sie aus ›Exemplaren‹ wieder Individuen macht.« (Utlu 2016: 227) Damit kann diese Form des Gedenkens der »strukturellen Empathielosigkeit« (Güleç/Schaffer 2017: 59) und Gleichgültigkeit entgegenwirken und Möglichkeiten zur solidarischen Bezugnahme anstoßen. Eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit diesen Geschichten ist die Voraussetzung dafür, von ihnen zu lernen, solidarische Allianzen einzugehen und die Forderungen der Betroffenen anzunehmen. Ausgehend von den Verbindungen können Ansätze für politische Beteiligung geschaffen werden, die kritisches Denken anregen.

3.2 Strukturen benennen, Komplexitäten verhandeln, Kontinuitäten begreifen

Die persönlichen Erzählungen und Erinnerungen der Betroffenen verweisen auf die strukturellen Ebenen des NSU-Komplexes, folgen die Gewalterfahrungen doch immer wieder gleichen Mustern: das rassistische und rechtsextreme Motiv der Taten, die rassistischen Ermittlungen der Behörden, die diffamierende mediale Berichterstattung, die Verweigerung der Solidarität und des Zuhörens der Gesellschaft. Entgegen der Dethematisierung der gesellschaftlichen und strukturellen Ebene innerhalb des NSU-Komplexes und zur Versteigung des Wissens bedarf es eines Erinnerungsortes, der informiert und aufklärt. Dabei sollten nicht die Täter*innen und deren persönlichen Geschichten fokussiert (Interview mit S. Şimşek, 2022 geführt), sondern die Taten und die gesellschaftlichen und strukturellen Möglichkeitsbedingungen der Gewalt thematisiert werden. Dies sollte auch entlang des Erfahrungswissens von Angehörigen und Betroffenen geschehen, um durch das Sichtbarmachen eigener Analysen und Aufarbeitungsschritte eine Gegenmacht zu rechten und rassistischen Diskursen zu schaffen.

Neben den grundlegenden lokalen Informationen zu den unterschiedlichen Ebenen des NSU-Komplexes bedarf es einer klaren Benennung des strukturellen Rassismus (Interviews mit M. Boulgarides, M. Özdemir und A. Özkan, 2022 und 2023 geführt), einerseits als Teil faschistischer und rechtsextremer Ideologien und damit als eindeutiges Handlungsmotiv des NSU. Andererseits als strukturelle und institutionelle Diskriminierungsform, welche die gesellschaftliche Möglichkeitsbedingung für den NSU-Komplex darstellt. Der NSU-Komplex verdeutlicht die Folgen und Ausmaße menschenverachtender und rassistischer Ideologien und antidemokratischer Bestrebungen der extremen Rechten.

Über die Taten, ihre Hintergründe und ihre multidimensionalen Wirkweisen aufzuklären sowie strukturelle Machtmechanismen in den Blick zu nehmen, bedeutet auch, die gegenwartsbezogenen Kontinuitäten der Gewalt sichtbar zu machen (Interview mit G. Voulgaridis, 2022 geführt). Damit hat der Erinnerungsort die Aufgabe, den NSU-Komplex nicht als abgeschlossenes historisches Ereignis zu verhandeln, sondern als gesamtgesellschaftliches Versagen, dessen Folgen für viele Betroffene bis heute spürbar sind. Die gesamtgesellschaftliche Unterschätzung und Bagatellisierung eliminatorischer Menschenfeindlichkeit und vigilantistischen, rechten Terrors bieten weiterhin eine gesellschaftliche Ermöglichungsstruktur für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt.

Der Erinnerungsort soll dahingehend eine »mahnende« Wirkung haben, »damit so etwas nicht wieder vorkommt, und [die Taten des NSU] im Bewusstsein der Menschen und in ihrem Alltagsleben präsenter« (ebd.) sind. Das Wissen und die Auseinandersetzung mit rechter und rassistischer Gewalt und deren Folgen kann (selbst-)kritische Reflexionsprozesse, politische Teilhabe und aktive kollektive Verantwortungsübernahme fördern sowie das Bewusstsein für eine antirassistische Praxis schärfen. Mitat Özdemir betont: »Für die rechte Szene brauchen wir diesen Gedenkort nicht eröffnen, sondern für die breite Gesellschaft. Für diejenigen, die weggucken oder verharmlosen, was passiert ist. Der Ort muss eine Informationsquelle sein, der diese schlafende Gesellschaft wachrüttelt.« (Interview mit M. Özdemir, 2022 geführt).

3.3 Widerstand, Veränderung und Solidarität

Lernen aus dem NSU-Komplex bedeutet jedoch nicht nur den NSU-Komplex zu beleuchten und über die Taten und ihre Möglichkeitsbedingungen zu informieren, sondern dieses Wissen als Resultat der vielfältigen und anhaltenden

Kämpfe um Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen (Interviews mit G. Kubaşik und S. Şimşek, beide 2022 geführt) der Betroffenen und deren solidarischen Begleiter*innen sichtbar zu machen. Sie sind es, die von Beginn an auf einen rechtsextremen Hintergrund der Taten hinwiesen, das rassistische Motiv benannten und Sichtbarkeit für ihre Analysen einforderten. Am 6. Mai 2006 in Kassel und am 11. Juni 2006 in Dortmund organisierten die Angehörigen der bis dahin neun Ermordeten Demonstrationen und forderten »Kein 10. Opfer« (Offener Prozess 2020: 99). In Redebeiträgen verwiesen sie erneut und öffentlich auf ein rassistisches Motiv der Morde: »Es sollten keine niederträchtigen und hinterhältigen Schüsse mehr abgefeuert werden! Es sollten keine weiteren Halits mehr getötet werden!«, forderte Ismail Yozgat, der Vater von Halit Yozgat in seiner Rede am 6. Mai (ebd.: 100). Der Erinnerungsort sollte diese andauernde Widerstandskraft, das Anklagen und Einklagen, das Einfordern und Raumnehmen trotz gesellschaftlicher Hindernisse und Hürden verkörpern und als Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Aufarbeitung markieren. Die gesellschaftliche Unfähigkeit oder Verweigerung, den Betroffenen zuzuhören, ihre Analysen ernst zu nehmen und sie als politische Akteur*innen anzuerkennen, hat deren kollektive Widerstandskraft nicht geschmälert. Mandy Boulgarides fordert »zu zeigen, dass es nicht einfach hingenommen wurde, sondern dass es einen Punkt gab, an dem man gesagt hat [...], das darf nicht mehr passieren.« (Interview mit M. Boulgarides, 2023 geführt)

Dahingehend soll der Gedenkort in Chemnitz nicht ausschließlich an Vergangenes erinnern, sondern an eine gestaltbare und veränderbare Zukunft referieren und die Forderungen der Betroffenen aufgreifen. Zu nennen sei hier die bestehende Forderung nach Aufklärung und Konsequenzen. Auch nach 400 Verhandlungstagen, fünf Jahren NSU-Prozess und zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen des Bundestages sowie in acht Landesparlamenten (in Hamburg ist die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss weiterhin aktuell) bleiben zentrale Fragen unbeantwortet (Kubaşik 2018). Weiterhin dauern auch die Kämpfe um öffentliches Erinnern, selbstbestimmtes Gedenken und Orte der Archivierung und Anerkennung der jahrelangen (bildungs-)politischen Arbeit an. Dasselbe gilt für das Einfordern von materiellen Ressourcen, wie Reparitions- und Entschädigungszahlungen oder einen barriereärmeren Zugang zu psychologischer Unterstützung für Angehörige und Überlebende.

Durch den Fokus auf die Widerstandsfähigkeit Betroffener von rechter und rassistischer Gewalt und deren Forderungen nach einer pluralen Gesellschaft können Gegennarrative geschaffen werden, die einen Ausblick auf

ein solidarisches Miteinander und eine veränderbare Zukunft gewährleisten. Dabei kann der Erinnerungsort eine Einladung zum Aktivwerden darstellen, Anstöße für eine kollektive Verantwortungsübernahme geben und zum Nachdenken über die eigenen Handlungsspielräume aufrufen (Interview mit M. Boulgarides, 2023 geführt). Die Gestaltbarkeit der Zukunft soll hier in den Vordergrund gestellt werden: Der Erinnerungsort soll damit auch dazu aufrufen, sich in der Gegenwart gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus zu positionieren. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene als Zukunftsgestaltende werden als wichtige Adressat*innen hervorgehoben. Durch das Aufzeigen kollektiver Kämpfe, des Ausdrucks der Widerstandsfähigkeit der Betroffenen und die Thematisierung ihrer Forderungen ist es auch ein Ort des Austausches und der Vernetzung sowie der Weitergabe von Wissen für Personen, die von rechter, antisemitischer und/oder rassistischer Gewalt betroffen sind. Die Sichtbarkeit und öffentliche Raumnahme können eine bestärkende Wirkung haben und Momente der Verbundenheit schaffen. Damit wird der Gedenkort als lebendiger und partizipativer Ort imaginiert.

4. Lebendiges Erinnern und nachhaltige Verstetigung

Vor diesem Hintergrund bedarf es unterschiedlicher *Umsetzungsebenen* und *Verstetigungsmechanismen*. In seiner materiellen Ausgestaltung sollte der entstehende Ort einer physischen Intervention im öffentlichen Raum gleichkommen, in die bestehende Ordnung des architektonischen und sozialen Raumes eingreifen, Platz für Begegnung, Austausch und Vernetzung ermöglichen sowie zum Verweilen und Gedenken einladen. Öffentliche Orte zum Erinnern einzufordern bedeutet aber auch, infrastrukturelle Ressourcen der Stadt bereitzustellen und erfordert nicht zuletzt die politische Bereitschaft und den Willen, sich der Aufarbeitung als Stadtgesellschaft zu stellen. Auch aufgrund dieser Anstrengungen und Kämpfe um Ressourcen eröffnet der digitale Raum Möglichkeiten der von diesen Aushandlungen unabhängigen Erweiterung des physischen Raumes. Durch ein multimediales Erleben können dargestellte Inhalte vertieft werden.

Zur Verstetigung des Wissens im analogen wie im digitalen Raum bedarf es darüber hinaus bildungspolitischer Formate, die eine rassismus- und machtkritische Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex eröffnen, und im Sinne eines *doing memory* und einer lebendigen Erinnerungspraxis zum (Ver-)Lernen und zur Teilhabe einladen. Erfahrungen aus der Gedenk-

stättenpädagogik weisen auf die Bedeutung von Interaktionsformaten hin, die den Erinnerungsort als Ort des Lernens und der aktiven Mitgestaltung erfahrbar machen. Darüber hinaus können analoge und digitale Vermittlungsangebote verschiedener Bildungsträger*innen mit dem Erinnerungsort verknüpft werden. Denkbare Formate sind beispielsweise die Organisation von Veranstaltungen wie *Zeitzeug*innengespräche*, Theatervorstellungen oder *Filmscreenings*, die an die Betroffenen erinnern. Veranstaltungen und die Erstellung (multimedialer) Beiträge mit lokalen antirassistischen, antifaschistischen und (post-)migrantischen (Gedenk-)Initiativen können darüber hinaus unterschiedliche Gedenkrituale und zivilgesellschaftliche Interventionen zur Aufklärung miteinander verbinden. Dabei können strukturelle Zusammenhänge rechter und rassistischer Gewalt entgegen der dominierenden Erzählung von Einzeltaten sichtbar gemacht werden.

Die Entwicklung pädagogischen Begleitmaterials zum analogen und digitalen Erinnerungsort in Form einer Handreichung kann besonders für schulische oder außerschulische Bildungsträger*innen den Besuch des Erinnerungsortes sowie die Vor- und Nachbereitung erleichtern. Kunstpädagogische Workshops oder interdisziplinäre Aktionsformate, die sich auf den Erinnerungsort beziehen, wie die Entwicklung eines *Oral History Podcasts*, theatrale Interventionen, das filmische Sammeln von Forderungen antirassistischer Kämpfe an eine solidarische Gesellschaft, können Empowerment-Räume erschaffen und Zukunftsperspektiven eröffnen. Auch bei der Entwicklung solcher Bildungsformate ist es notwendig, die Stimmen, Erzählungen und Analysen von Betroffenen einzubeziehen und als Ausgangspunkt für machtkritisches Lernen zu begreifen. Um eine breite Zugänglichkeit zu eröffnen, sind mehrsprachige und barrierearme Angebote notwendig.

So lässt sich ein interaktiver Lern- und Gedenkort gestalten, an dem rassismuskritische und demokratische Bildungsarbeit und Wissensvermittlung anknüpfen und der das Gefährdungspotenzial rechtsextremer und antipluralistischer Einstellungen aufzeigen kann. Als künstlerische Intervention und durch die Sichtbarmachung der Geschichten und die Sensibilisierung für die Perspektiven von Betroffenen kann der Erinnerungsort die Empathiefähigkeit stärken und zu einem solidarischen Miteinander mahnen. Der Prozess dorthin sollte den Anspruch und Ausdruck des Ortes zu einer gelebten Praxis werden lassen und von Anfang an partizipativ und machtsensibel gestaltet werden.

Zum Schluss ein Gedankenspiel – die Imagination eines Gedenkortes in Chemnitz als physische und diskursive Intervention im Stadtraum

Eine Verbindung der Namen, der Gegenstände, der Plattenbausiedlung, die im Zentrum der Stadt zusammenfließt. Die Materialisierung öffentlicher Raumnahme, welche die Grenzen der *Beträuerbarkeit* überschreitet. Ein Platz des Zusammenkommens als Einzelne, des Versammelns, der Ermächtigung im Kollektiv. Und die Spaziergänger*innen, die Arbeitenden, die Schüler*innen, die Tourist*innen, die Flanierenden stehen vor diesem Ort, an diesem Ort, werden von diesem Ort umkreist. Sie fragen sich, was sie sehen und hören, sie entwickeln Emotionen zu dem Ort, sie erkunden den Ort, sie gestalten den Ort. Es beginnt eine Auseinandersetzung. Die Protagonist*innen des Ortes sind die Betroffenen. Es sind ihre Geschichten, die erzählt werden, und ihre Stimmen, denen zugehört wird.

Literaturverzeichnis

- Arslan, Ibrahim (2020): »Opfer und Überlebende sind keine Statist*innen«, in: Der Schlepper, 98, S. 92–95.
- Aust, Stefan/Laabs, Dirk (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München: Pantheon.
- Butler, Judith (2017): Raster des Krieges. Warum wir manches Leid beklagen, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Beschlussempfehlung.
- DGB Region Südwestsachsen (Hg.) (2014): Rechts sind doch die anderen!?, <http://wachsam-in-chemnitz.de/media/RechtsSindDieAnderen.pdf>
- Dhawan, Nikita (2012): »Hegemonic Listening and Subversive Silences: Ethical-political Imperatives«, in: Alice Lagaay/Michael Lorber (Hg.), Destruction in the performative, Amsterdam/New York: Editions Rodopi B.V., S. 27–30.
- Güleç, Ayşe/Schaffer, Johanna (2017): »Empathie, Ignoranz und migrantisch situiertes Wissen«, in: Juliane Karakayali/Çagri Kahveci/Doris Liebscher/Carl Melchers (Hg.), Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft, Bielefeld: transcript, S. 27–30.

- Grunert, Johannes/Kieß, Johannes (2021): Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf, EFBI Policy Paper 2/2021, <https://efbi.de/details/extrem-rechte-strukturen-und-dynamiken-in-chemnitz-efbi-legt-situationsanalyse-vor.html>
- Initiative Herkesin Meydanı – Platz Für Alle (2022): Mahnmal Keupstraße – der lange Weg ein würdiges Gedenken gegen Rassismus zu erkämpfen, <https://mahnmalkeupstrasse.de/stellungnahme-inihmpfa-01.22.html>
- Intelmann, Dominik (2016): »Das Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet als Unterschlupf für den NSU«, in: Franz Knoppe/Jens Marquardt/Basantha Thapa (Hg.), war da was? bleibt da was? wird da was? Dokumentation des Theatertreffens »Unentdeckte Nachbarn«, Chemnitz, S. 27–30.
- Jelin, Elizabeth (2002): Los trabajos de la memoria, Madrid: Siglo XXI.
- Kleffner, Heike (2015): »Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Rechts in der Mitte? (65)/40, S. 44–48.
- Kubaşık, Gamze (2018): »Sie haben das Versprechen gebrochen! Plädoyer vom 22. November 2017«, in: Antonia von der Behrens (Hg.), Kein Schlusswort, Hamburg: VSA, S. 103–104.
- Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2017): Unter den Teppich gekehrt! Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen, Dresden.
- NSU-Watch (2020): Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess, Berlin: Verbrecher.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2013): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Siebeck, Cornelia (2017): Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, in: Docupedia Zeitgeschichte, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017 vom 02.03.2017
- Şimşek, Semiya (2012): Ansprache von Semiya Şimşek bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/02/120223-Ansprache-Simsek.pdf?__blob=publicationFile
- Thomas, Tanja/Virchow, Fabian (2019): »Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung«, in: Tanja Dürr/Rainer Becker (Hg.), Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU, Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag, S. 156–168.

Utlu, Deniz (2016): »Für Trauer und Zorn«, in: Azar Mortazavi/Tunay Önder/Christine Umpfenbach (Hg.), Urteile – Ein Dokumentarisches Theaterstück über die Opfer des NSU, Münster: Unrast, S. 212–231.

